



Pressemitteilung

Ansbach, 04. August 2014

Gutachten zu Klagemöglichkeiten gegen Fluglärm: Dringender politischer Handlungsbedarf

Etz langt's: „Gemeinsam für die Gleichstellung von militärischen mit zivilen Flughäfen arbeiten“

Weitere Lärmmessungen als Option – Abzugsperspektive im Auge behalten

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ sieht nach der jüngsten Bekanntgabe mit Blick auf die Ergebnisse des Gutachtens über Klagemöglichkeiten der Stadt Ansbach und ihrer Bürger „dringenden politischen Handlungsbedarf“. So sei die Festsetzung der Lärmgrenzwerte in Höhe von 70 Dezibel (Tag) und 60 Dezibel (Nacht) mit einem wirksamen Schutz von Gesundheit und Lebensqualität nicht vereinbar: „Es ist an der Zeit, mit allen politischen Kräften der Region auf einen gemeinsamen Vorstoß für die Gleichstellung des Lärmschutzes an militärischen und zivilen Flughäfen hinzuwirken“, erklärte BI-Vorsitzender Hansjörg Meyer. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion im Bundestag wurde im Mai 2011 von Union, SPD und FDP abgelehnt, obwohl diese Forderung Bestandteil des Koalitionsvertrags war.

Auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene will die BI den Vorrang des Bürgerwohls an Militärbasen stärker in den Fokus rücken: Die Jahreshauptversammlung der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) hat auf Antrag der BI im Juli beschlossen, die Fluglärmproblematik an US-Armeeeinrichtungen mehr in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Nachdem Zeitraum und Örtlichkeiten der Lärmmessungen der Stadt Ansbach 2011 der US-Armee im Voraus bekannt waren, erachtet „Etz langt's!“ weitere Datenerhebungen der Kommune für sinnvoll. Derzeit prüft der BI-Vorstand, ob diese Option mit eigenen Messungen flankiert werden kann.

Die politischen Akteure der Region ermutigt die BI derweil, das ungelöste Fluglärmproblem grundlegend zu bewerten: „In den vergangenen fünf Jahren haben Stadtrat und -verwaltung zahlreiche politische und juristische Maßnahmen ergriffen, um militärische und bürgerschaftliche Interessen unter einen Hut zu bekommen. Diese Bemühungen waren bislang nicht vom gewünschten Erfolg gekrönt. Die Bundesregierung hat offenbar wenig Interesse, die transatlantischen Freibriefe für die US-Kriegsübungen in Ansbach zurückzunehmen. Die logische Konsequenz aus dem Zielkonflikt ist, auf eine Abzugsperspektive und eine positive Stadtentwicklung mittels einer zivilen Umnutzung der militärischen Liegenschaften hinzuwirken“, hoben die Vorstandsmitglieder hervor.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher